

Ideologie und Politik

Rechtsextremismus

AfD: Bundes- als auch Landesmittel sollen im Kampf gegen den Rechtsextremismus umgewidmet werden, zu Gunsten der Bekämpfung von Linksextremismus und Islamismus. (AfD Wahlprogramm Hamburg)

Diese Forderung geht davon aus, dass die Mittel, die aktuell gegen Rechtsextremismus aufgewendet werden, nicht erforderlich sind. Um diese Meinung zu vertreten, braucht es schon gewichtige Innenansichten und Eigeninteressen aus dem rechtsextremen Lager... Eine Verringerung der Anstrengungen gegen Rechtsextremismus lehnen wir ab.

Deutsche Leitkultur

AfD: Für Deutschland soll eine Leitkultur grundlegend werden. Eine Weiterentwicklung unserer Kultur über nichtdeutsche Einflüsse im multikulturellen Sinne wird abgelehnt. Die Grundlagen sollen das Christentum, antike Wurzeln und Tradition bilden. (AfD Grundsatzprogramm 2016)

Die Leitkulturdebatte ist schon etwas älter, aber kein bisschen besser geworden. Deutschland ist schon immer ein Zuwanderungsland mit einer lebendigen, sich entwickelnden Kultur gewesen. Das prägt uns und unsere gewachsenen Strukturen in allen Landesregionen. Die nationalistische Idee einer Leitkultur beinhaltet die Ideologie und das Recht einer Nation vorzuschreiben, was ihre Kultur sein soll und schließt eine Weiterentwicklung einer Kulturnation über äußere Einflüsse aus.

NS-Vergangenheit

AfD: Die deutsche Erinnerungskultur wird aktuell auf die Zeit des Nationalsozialismus verengt, dies muss zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufgebrochen werden, die auch die positiven identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst. (AfD Grundsatzprogramm 2016)

[Diese Formulierung ist trotz heftiger Kritik in der Öffentlichkeit beibehalten worden.]

Der Nationalsozialismus gehört zur deutschen Geschichte. Deutsche waren verantwortlich für millionenfachen Mord, für Krieg, Zerstörung und Leid. Wer von „Verengung“ spricht, will diese Debatte abbrechen, wieder vergessen und leugnen. Wir alle tragen die Verantwortung, dass ein solches Grauen sich nicht wiederholt. Deshalb ist eine Erinnerung wichtig, wenn keine Zeitzeugen mehr berichten können. Die Medien orientieren sich in ihrer Berichterstattung permanent an wichtigen historischen und biografischen Daten.

Ideologie und Politik

Politische Korrektheit

AfD: Es herrscht beim Thema Asyl ein ideologisch vergiftetes Klima der politischen Korrektheit, das Sprachverbote und Sprachregelungen verantwortet. Dieser Umgang mit unangepassten Meinungen kennzeichnet eher totalitäre Staaten als freie Demokratien. Die AfD fordert daher freie Rede für freie Bürger. (AfD Grundsatzprogramm 2016)

In der ursprünglichen Bedeutung bezeichnet der englische Begriff „politically correct“ (PC) die Zustimmung zur Idee, dass Ausdrücke und Handlungen vermieden werden sollten, die Gruppen von Menschen kränken oder beleidigen können. Das gilt zum Beispiel bezogen auf Geschlecht oder Rasse. Wenn also die AfD die PC nicht anerkennen möchte, heißt das im Umkehrschluss, dass sie Menschen beleidigen möchte, und gerne einmal wieder so richtig sexistisch, rassistisch, antisemitisch oder homophob hetzen will. Das lehnen wir entschieden ab.

Quotenregelung

AfD: Gleichstellungspolitik durch Quoten als normierenden Zwang wird abgelehnt. Öffentliche oder private Ämter sind allein nach dem Maßstab der Qualifizierung und der Leistung zu besetzen. (AfD Wahlprogramm Hamburg)

Die AfD lehnt Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab. (AfD Grundsatzprogramm 2016)

Der AfD ist offenbar entgangen, dass es nicht deswegen so wenig Frauen in Führungspositionen gibt, weil Frauen unfähiger wären, sondern weil sie immer noch diskriminiert werden. Freiwillige Selbstverpflichtungen haben hier nicht geholfen, deshalb sind Quoten weiterhin notwendig.

Gender Studies

AfD: Die Gender Forschung ist abzuschaffen. Diese genügt nicht den Ansprüchen seriöser Forschung und ihre Methodik nicht den Kriterien der Wissenschaft, da ihre Zielsetzung primär politisch motiviert sei. Bund und Länder dürften daher keine Sondermittel für die Gender-Forschung mehr bereitstellen. Laufende Gender-Forschungsprojekte sollten nicht verlängert werden. (AfD Grundsatzprogramm 2016)

Gender Studies sind selbstverständlich ein seit Jahrzehnten existenter, weltweit anerkannter und tätiger Forschungsbereich. Die AfD will in die Freiheit der Wissenschaft, die das Grundgesetz sichert, eingreifen und einen ihnen missliebigen Forschungsansatz abschaffen. ver.di unterstützt die Genderforschung, weil dies die Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt gefördert hat.